

Berichtsvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2013 – 2018

Datum: 12.09.2016

SR/BerVoSr/303/2016

Gremium	Datum	Behandlung
Hauptausschuss	12.09.2016	Ö
Stadtvertretung	26.09.2016	Ö

Verfasser:

FB/Az:

Kommunale Integrationsstrategie; hier: Teilnahme am Bundesprogramm "Demokratie leben" - Förderung einer lokalen "Partnerschaft für Demokratie"

Zusammenfassung:

Die gemeinsame Interessensbekundung der Stadt Ratzeburg und des Amtes Lauenburgische Seen zur Teilnahme am Bundesprogramm „Demokratie leben“ mit der Förderung einer lokalen „Partnerschaft für Demokratie“ wurde erfolgreich durchlaufen. Eine Aufforderung zur Antragstellung seitens der zuständigen Regiestelle des Bundesprogramms ist erfolgt und in die Wege geleitet worden.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Ralf Weindock am 09.08.2016

Bürgermeister Voß am 10.08.2016

Sachverhalt:

Parallel zur Entwicklung einer kommunalen Integrationsstrategie (s. Anlage) ist seitens der Verwaltung im April 2016 eine Interessensbekundung zur Teilnahme am Bundesprogramm „Demokratie leben“ mit der Förderung einer lokalen „Partnerschaft für Demokratie“ beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben eingereicht worden. Um die für den Antrag notwendige Einwohnerzahl nachzuweisen (≥ 20.000), geschah dies in Kooperation mit dem Amt Lauenburgische Seen, die mit einstimmiger Beschlussfassung im Amtsausschuss diese Antragstellung unterstützt hat.

Mit diesem Antrag soll bis 2019 ein Fördervolumen von rund 225.000 € für die Durchführung von zivilgesellschaftlichen Projektes im Bereich Demokratiestärkung im ländlichen Raum, Extremismusprävention, Willkommenskultur/ Arbeit mit Flüchtlingen sowie Bearbeitung von Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gehoben werden bei einem Eigenmittelanteil von 20.000 €, der in diesem Zeitraum aufzubringen ist.

Mit Schreiben vom 01.08.2016 hat die zuständige Regiestelle des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben mitgeteilt, dass die Interessensbekundung akzeptiert wurde und eine Antragstellung mit Projektstart 01.09.2016 erfolgen kann (s. Anlage).

Ein entsprechender Antrag wurde in Abstimmung mit dem Amt Lauenburgische Seen fristgerecht eingereicht.

Nach Erteilung eines Bewilligungsbescheides werden seitens der Verwaltung die erforderlichen Schritte eingeleitet, um die „Partnerschaft für Demokratie“ arbeitsfähig auszugestalten. Dazu wird:

- a) eine Koordinierungsstelle für die operative Umsetzung des Förderprogrammes ausgeschrieben (gefördert durch das Bundesprogramm)
- b) eine Auftaktkonferenz in Form einer Bürgerwerkstatt im Herbst vorbereitet, auf der eine lokale Strategie, auch auf Basis der Vorarbeiten an der „Kommunalen Integrationsstrategie“ entwickelt werden soll mit entsprechenden Schwerpunktsetzungen und Zielvorgaben
- c) ein Begleitausschuss aus zivilgesellschaftlichen und kommunalpolitischen Akteuren eingerichtet, der nachfolgend über die Mittelvergabe bei Einzelprojektanträgen entscheiden soll
- d) eine Öffentlichkeitsarbeit initiiert.

Mitgezeichnet haben: